

Ökumenische Akzente auf evangelischen Synoden

Wenn gegen Ende jedes Jahres die protestantischen Kirchen ihre Synoden abhalten, sind das Ereignisse, die nicht nur die betreffenden Kirchen selbst angehen. Verlauf und Ergebnisse der Synoden werfen zugleich ein Schlaglicht auf die jeweilige Situation des gesamten Protestantismus in der Bundesrepublik und seinen Stand in der Ökumene sowie darüber hinaus auf die Lage von Kirche und Christentum in unserer Gesellschaft. Besonders gilt das für die Synoden der großen Kirchenbünde, der EKD und der VELKD. Angesichts dieser Tatsache ist es erstaunlich, daß die Teilnahme offizieller katholischer Beobachter oder Gäste an den Synoden immer noch die Ausnahme ist. Im Blick auf den erreichten Stand der ökumenischen Beziehungen und auf die Gemeinsamkeit der im gesellschaftlichen Umfeld anstehenden Aufgaben sollte eine solche Teilnahme eigentlich selbstverständlich sein. Besonders deutlich kam die – bei aller konfessionellen Prägung – „überkonfessionelle“ Perspektive bei den letzten Tagungen der VELKD-Generalsynode und der EKD-Synode (vgl. HK, Dezember 1978, 645) zum Tragen.

Gemeinsame Herausforderungen

Das betrifft zunächst die Problemanzeigen zum gesellschaftlichen Stand der Dinge, die Herausforderungen sichtbar machten, die *alle* Konfessionen in gleicher Weise betreffen. Das beginnt bereits mit einem scheinbar so äußerlichen Datum wie den *Finanzen*, wo allgemein ein Mißverhältnis zu konstatieren war zwischen steigenden Aufwendungen der Kirchen (insbesondere im Personalbereich) und schwach bis gar nicht wachsenden bzw. sogar zurückgehenden Kirchensteuereinnah-

men, wodurch in den kommenden Jahren vielleicht einiges an Umdenken und Umdisponieren verlangt werden könnte. Es gilt aber vor allem für die *sachlichen Probleme*: die EKD-Synode hatte als Hauptthema „*Leben und erziehen – wozu?*“, die VELKD-Generalsynode befaßte sich schwerpunktmäßig u. a. mit *Ehe und Familie*.

Den Hintergrund, vor dem sich die Synodalen mit diesen Themen zu befassen hatten, skizzierte der Hamburger Bischof *Hans-Otto Wölber* bei der VELKD in einem sehr grundsätzlich formulierten Vortrag, der sich im Blick auf die Chancen der Kirche in unserer Gesellschaft zwischen fast pessimistisch getönter Nüchternheit und Zuversicht bewegte. Seine kritischen Anmerkungen zur geistig-gesellschaftlichen Situation gingen aus von der *Zwiespältigkeit* unserer Kultur: einerseits lasse sich eine „neue Stufe des sittlichen Bewußtseins“ vermuten, andererseits erscheine im Ruf nach Solidarität zugleich mehr „Selbstinteresse, als Selbstverwirklichung bezeichnet“, einerseits stoße man überall auf Grenzen, andererseits werde jeder Verweis auf die Begrenztheit unserer Freiheit sofort als „repressiv“ verdächtigt, und unter der Devise „Im Zweifel für die Freiheit“ würden *Interessen über Bindungen herrschen*. Denselben Zwiespalt machte Wölber auch in bezug auf die *Religion* namhaft: zum einen gelte Religion als etwas Exotisches, wissenschaftlicher Argumentation nicht Zugängliches, im öffentlichen Bewußtsein sei sie mehr und mehr eine Angelegenheit von Sondergruppen, es gebe „wohl jetzt die erste Elterngeneration, die religiöse Erziehung weitgehend verweigert oder hilflos ist“; zum anderen werde immer deutlicher, daß Religiosität „so etwas wie eine allgemeine psychische und soziale Hygiene“ schaffe, daß sie dem „Geist der

Menschenwürde“ Grund geben könne; dies werde aber trotz zunehmender tiefen- und sozialpsychologischer und sogar erkenntnistheoretischer Evidenzen viel zu wenig beachtet. In dieser Lage müsse der Beitrag der Kirche vor allem darin bestehen, „daß sie bei ihrer Sache bleibt“, indem sie den „*Versuch gelebter Religion*“ macht.

Dazu forderten die Synoden im Bereich von Ehe, Familie und Erziehung auf. Sie setzten dabei zunächst grundsätzlich an, kamen aber auch zu Vorschlägen für praktische Maßnahmen. In Sachen Ehe forderten die Lutheraner (in einer an die Parlamente und Regierungen des Bundes und der Länder gerichteten Entschließung ebenso wie in einer Erklärung ihrer Bischofskonferenz) dazu auf, sich um eine *Neuorientierung im Sinn der Stärkung von Ehe und Familie* zu bemühen. Nachdem in den letzten Jahren die Erweiterung des Freiraums für den einzelnen im Mittelpunkt gestanden habe, müsse es jetzt darum gehen, „daß die für verantwortliches Handeln gewonnenen Freiräume sinnvoll genutzt werden und daß Politiker wie Bürger sich darum bemühen, grundgesetzlich geschützte Ordnungen wie Ehe und Familie wieder stärker von christlichen Werten her zu gestalten und auszufüllen“.

Damit wandte man sich zunächst an die eigene Adresse, an die Christen, die in einer „als Gottes gute Gabe verstandenen und gelebten Ehe“ dazu beitragen könnten, „daß die Stärkung der Freiheitsrechte des einzelnen nicht zur Abwertung von Treue, Vertrauen, Verzicht und Verantwortung führt“. An die politisch Verantwortlichen wurden einige *konkrete Forderungen* gerichtet: u. a. wurde die Einführung eines Babyjahres für berufstätige Mütter vorgeschlagen sowie eine arbeitsrechtliche Absicherung der Mütter – „ggf. der Väter“ – und Maßnahmen für berufliche Wiedereingliederung, eine vermehrte Schaffung von Arbeitsplätzen für Teilzeitbeschäftigung und

die „Aufwertung von Familie und Mutterschaft überall dort, wo Vertreter der Parteien Verantwortung tragen, etwa im Rundfunk und bei Medien“. Auch die EKD-Synode forderte in einer eigenen Erklärung zum Mut zur Ehe und zum Kind auf. Zu ihrem Schwerpunktthema lieferte sie neben einem Grundsatzreferat und anderen Plenumsbeiträgen ein Dokument über „Erziehung zum Leben“ und ein „Wort der Synode an Lehrer, Ausbilder, Eltern und Erzieher“. Die Tendenzen gingen dabei in zwei Richtungen: kritische Einschätzung der Reformpolitik auf dem Bildungssektor einerseits, Kursänderung im Sinn einer „ganzheitlichen“ *Bildung* andererseits. Die Schul- und Bildungsreformen hätten „kaum Hilfen für ein sinnerefülltes Leben“ gebracht; heute müßten die musischen, kulturellen und sportlichen Angebote verstärkt werden, und es sei zu vermeiden, daß der Prüfungs- und Leistungsdruck zur Bevorzugung „einseitig kognitiver Inhalte und Lernziele“ führe. Auch in Bildung und Erziehung gerate man vor die Grundfrage nach der Bestimmung des Lebens, der man sich stellen müsse.

Neue konfessionelle Profilierungen?

Hatten die Synoden mit diesen Themen Fragen aufgegriffen, vor denen alle Kirchen und Christen gemeinsam stehen, so machten sie auch diese Gemeinsamkeit selbst – in ihrer kirchlichen Dimension – zum Gegenstand der Beratungen. Die VELKD-Generalsynode beschäftigte sich auf diesem im engeren Sinn *ökumenischen Sektor* insbesondere mit den Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche, die EKD-Synode hatte mit der Bindung an den Ökumenischen Rat und – damit zusammenhängend – mit dem inneren Zusammenhalt ihrer Mitgliedskirchen zu tun.

Die lutherische Synode begrüßte in einem förmlichen Beschluß die intensive Weiterführung der lutherisch-katholischen Gespräche und forderte dazu auf, „daß die jeweiligen Ergebnisse dieser Gespräche in die verschiedenen kirchlichen Arbeitskreise bis hin zu

den Kirchengemeinden vermittelt werden, damit so *ein Prozeß geistlicher Aneignung* in Gang kommt“. Dieser ebenso notwendige wie aner kennenswerte Beschluß wurde noch durch die Bitte erweitert, das gottesdienstliche Handeln entsprechend dem Bekenntnis zu gestalten. Andernfalls bestehe die Gefahr, daß theologische Erklärungen und Konsentexte „durch entgegenstehende gottesdienstliche Praxis ökumenisch unglaubwürdig werden“ (damit dürfte in erster Linie eine Änderung der Abendmahlspraxis angezielt sein). Im selben Beschluß bat die Generalsynode darum, „daß auf allen Ebenen – besonders im kirchlichen Unterricht, der kirchlichen Erwachsenenbildung und auch im Religionsunterricht – das bleibende Zeugnis der Reformation auch im ökumenischen Miteinander deutlich wird“.

Die Spannung zwischen gewachsener lutherisch-katholischer Gemeinsamkeit – die es keineswegs als bloßen Euphemismus erscheinen läßt, wenn von „Schwesterkirchen“ die Rede ist – und Betonung des eigenen konfessionellen Profils kennzeichnete den Vortrag, den der Catholica-Beauftragte der VELKD und neugewählte Leitende Bischof, *Gerhard Heintze*, hielt. Das wurde besonders deutlich bei seinen Ausführungen zum Thema *Europa*. Heintze ging dabei von der selbstkritischen Aussage aus, der evangelische Beitrag sei „bislang zu zaghaft und zu zurückhaltend gewesen“, während sich die katholische Kirche schon lange und intensiv auf diesem Gebiet engagiere. Evangelischerseits dürfe man dieses Engagement weder unterschätzen noch voreilig kritisieren. Gegenüber einem mitunter „allzu einseitigen Betonen der katholischen abendländischen Tradition“ könne es aber notwendig sein, „daß auch die evangelische Seite sich von sich aus kräftiger zu Wort meldet“.

Es genüge dabei nicht, daß ein *profilierter evangelischer Beitrag* einfach wiederhole, was von katholischer Seite schon geäußert wurde. Heintze nannte einige Gesichtspunkte, die hervorgehoben werden müßten: daß in der Entwicklung Europas nicht allein christliche, sondern auch außerchristliche

Einflüsse (Antike!) eine wichtige Rolle gespielt haben, daß der Beitrag der Reformation nicht umgangen und die Folgen der jahrhundertelangen Unversöhnlichkeit zwischen den Konfessionen nicht verschwiegen werden dürfen; daß im Gegenüber zum Marxismus nicht nur der christliche Gegensatz betont werden dürfe, sondern daß auch der Zusammenhang zwischen seinem Entstehen und seinem Siegeszug mit dem Versagen der Kirche in ihrer sozialen Verantwortung zu sehen sei; schließlich, daß Europa bis zum Ural reiche und deshalb die Bemühung um Frieden und Entspannung sowie die Gemeinschaft mit den Kirchen des Ostblocks Bestandteil europäischer Verantwortung der Christen sei.

Es war für die ökumenische Gesamtlage ebenso kennzeichnend wie erfreulich, daß Bischof Heintze diese konfessionelle Profilierung zurückband an die gesamtchristliche Gemeinsamkeit, nämlich mit dem Verweis auf die Verstärkung der Beziehungen zwischen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), mit der bei der Konferenz in Chantilly im April dieses Jahres ein Anfang gemacht wurde (vgl. HK, Mai 1978, 214 ff.). Zweifellos war das, was Heintze als spezifisch reformatorisch formulierte, eine auch für das katholische Europa-Engagement bedenkenswerte Ergänzung. Mit anderen Worten: wo die Bemühung um das eigene Profil nicht in Selbstabschließung ausartet, sondern sich auf den gemeinsamen Horizont offenhält, werden sich die Spannungsmomente, die eine Profilierung mit sich bringen mag, auf weite Sicht sowohl für den Weg zur Einheit der Kirchen wie für die gemeinsame Verantwortung der Christen als fruchtbar erweisen.

Das gilt sicherlich auch für die *theologischen Kontroversfragen*. Auf diesem Gebiet äußerte sich Heintze sehr ausgewogen zu den lutherisch-katholischen Gesprächen über das Papstamt (vgl. ds. Heft S. 57) und zum Stand der Diskussion um eine katholische Anerkennung der *Confessio Augustana* (vgl. HK, April 1978, 197 f.). Die Absicht war unverkennbar, sowohl der

eigenen Tradition wie der der katholischen „Schwesterkirche“ gerecht zu werden und weder ökumenische Retardierungsmomente noch einen zu flinken Optimismus zu stärken. Es könnte allerdings sein, daß der ökumenische Gedanke allmählich wieder mehr nach Anstößen als nach „Temperiertheit“ verlangt.

Schwierigkeiten mit Genf

Gerade im Kontext des gesamten synodalen Geschehens der letzten Monate war ein Hinweis von Heintze bei seinen Äußerungen zum Papstamt von Interesse: die Sehnsucht nach sichtbaren Zeichen der Einheit sei gegenwärtig auch in der nicht römisch-katholischen Christenheit groß, „nicht zuletzt wegen der negativen Auswirkungen der in und mit dem Weltrat der Kirchen herrschenden Spannungen und Gegensätze“. Diese Spannungen prägten nicht nur die EKD-Synode entscheidend, sondern machten sich auch auf der Synode der bayerischen und noch mehr der württembergischen Landeskirche stark bemerkbar.

Nachdem das nie ganz ungestörte Verhältnis zwischen der EKD und Genf in diesem Jahr bereits einmal durch die Versendung eines Genfer Hintergrundpapiers zur Lage im südlichen Afrika empfindlich beeinträchtigt worden war (vgl. HK, Juni 1978, 315), spitzten sich die Schwierigkeiten dadurch erneut zu, daß seitens des Weltkirchenrates beschlossen wurde, im Rahmen des Antirassismus-Programms durch gezielte Vergabe von Mitteln im innerrhodesischen Konflikt Position zu beziehen: den Bewegungen von Bischof *Muzorewa* und Pfarrer *Sithole*, die sich auf den Weg der „internen Lösung“ in Übereinkunft mit der weißen Regierung begeben haben, wurden die Zuwendungen entzogen; statt dessen wird die radikale „Patriotische Front“ unterstützt. Diese Parteinahme führte nicht nur in der Bundesrepublik zu heftiger Kritik (u.a. beschlossen die irische Presbyterianische Kirche und die Heilsarmee, ihre Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat vorerst ruhen zu lassen). Um den Sonderfonds wurde und wird dabei nicht

wegen seines bedeutenden Gewichts gestritten (seit 1970 floß von den insgesamt rund 3 Millionen Dollar weitergeleiteter Gelder nur etwas mehr als eine Million ins südliche Afrika!), sondern wegen der mit ihm verbundenen *Prinzipienfragen*. Dabei geht es zur Zeit darum, daß – wie es im Memorandum des Rates der EKD vom 6. November 1978 über das Verhältnis zum Ökumenischen Rat heißt – in Genf eine Entwicklung in Gang zu sein scheint, „die darauf hinausläuft, die zugestandene Ausnahme der Anwendung bewaffneter Gewalt zum ethisch gebilligten Prinzip zu machen“ (vgl. epd-Dokumentation 50–51/1978, S. 76).

Darüber hinaus erhöhten sich die Spannungen mit Genf noch durch das Bekanntwerden der Absicht, den Vertrag mit *Lukas Vischer*, dem Direktor von Faith-and-Order und einem der verdientesten und für die Gesamtökumene wichtigsten Mitarbeiter im Genfer Stab, nicht zu verlängern. Dies wird nicht nur kritisiert, weil man es für eine falsche Personalentscheidung hält, sondern weil man den begründeten Verdacht hegt, daß damit auch eine Entscheidung gegen die in den letzten Jahren wieder verstärkt betonte theologisch-ökumenische Arbeit getroffen wird zugunsten einer noch stärkeren Entwicklung des Ökumenischen Rates im Sinn einer Interessenvertretung der Dritten Welt.

In der EKD gab es heftige Kontroversen über das weitere Verhalten gegenüber Genf, die auf der Sitzung der Synode voll durchschlugen, was zu schar-

fen Konfrontationen führte. Den Plädoyers für kritische Brüderlichkeit und ökumenische Solidarität standen Forderungen nach finanziellen Sanktionen oder gar nach Austritt gegenüber (die württembergische Synode hat an ihren Rechtsausschuß einen Antrag überwiesen, der das Ruhen der Mitgliedschaft zum Ziel hat). Fast unerwartet fand die EKD-Synode dann doch noch zu einer einmütig verabschiedeten Entschließung, in der das erwähnte Memorandum des Rates akzeptiert wurde (darin sprach sich der Rat für die Gemeinschaft mit dem ÖRK aus; nicht die Trennung, sondern das gemeinsame Ringen um Lösungen sei der gebotene Weg), die aber zugleich die Überprüfung des Antirassismus-Programms forderte, „um zu verhindern, daß die Mitarbeit der EKD im ÖRK durch die Diskussion um den Sonderfonds weiter belastet wird“; die anstehenden grundsätzlichen Fragen müßten sowohl innerhalb der einzelnen Kirchen wie im ökumenischen Gespräch geklärt werden.

Recht massive evangelikale Stellungen zu diesem Beschluß der Synode ebenso wie gegenläufige Stimmen zugunsten des Genfer Vorgehens sprechen dafür, daß der Streit noch nicht ausgestanden ist. Wenn es in seinem Verlauf zu Klärungen bezüglich des Verhältnisses zwischen Kirche und Politik kommen sollte, hätte er sogar sein Gutes. Schlimm wäre nur, wenn durch die ständigen Turbulenzen um den Ökumenischen Rat der ökumenische Gedanke selbst unter den protestantischen Christen in Mißkredit geriete.

H. G. K.

Hoffnung in der Krise. Versammlung der französischen Bischöfe 1978

Priesternachwuchs, Ökumene und Glaubensverkündigung waren (in umgekehrter Reihenfolge) die großen Themen der letzten Vollversammlung der französischen Bischöfe. Es war eine dicht gesetzte Tagesordnung, die die Bischöfe wie jedes Jahr im Herbst vom 25. bis 30. Oktober in Lourdes zusammenführte. Neben den genann-

ten Themen standen viele andere Fragen auf dem Programm, z. B. das Verhältnis der Hierarchie zu den kirchlichen Jugendverbänden, insbesondere zu der in Frankreich sehr gewichtigen katholischen Pfadfinderschaft, die wie alle Jugendverbände in letzter Zeit durch innere Spannungen und durch Kritik von außen gekennzeichnet ist.